

ZEW NEWS

Forschungsergebnisse · Veranstaltungen · Veröffentlichungen

Januar/Februar 2015



Forschungsergebnisse

Ranking zur regionalen Lebensqualität in Deutschland

Schwerpunkt

Was sich auf dem Energiemarkt tut

Wirtschaftspolitik aus erster Hand

Telekomchef Höttges sieht Digitalisierung noch am Anfang

CO₂-Emissionsreduktion – Beim Busfahren sollten Anbieter und Kunden fair teilen

Auf dem jungen Fernbusmarkt kämpfen die Unternehmen mit harten Bandagen um Kunden. Neben niedrigen Preisen versuchen zahlreiche Anbieter mit ihrer Umweltbilanz bei den Reisenden zu punkten. So wird den Kunden die Möglichkeit geboten, anfallende Kohlenstoffdioxidemissionen (CO₂-Emissionen) durch eine Zusatzzahlung beim Ticketkauf auszugleichen. Eine aktuelle ZEW-Studie zeigt, dass das am besten funktioniert, wenn der Busanbieter sich zu gleichen Teilen an der Ausgleichszahlung beteiligt.

Durch ihre schiere Größe und bunten Lackierungen stechen sie auf deutschen Autobahnen hervor – Fernbusse. Als besonders umweltfreundlich gelten die Vehikel nicht unbedingt. Dennoch rückt gerade das Thema CO₂-neutrales-Reisen im Kampf um Kunden – sowohl untereinander als auch mit der Deutschen Bahn – in den Vordergrund. Zahlreiche Fernbusanbieter haben

klimabewusste Kunden als neue Zielgruppe ausgemacht und werben mit der positiven Umweltbilanz ihres Verkehrsmittels, da es weniger Treibhausgase als beispielsweise Pkw oder Flugzeug verursacht. Doch auch im Fernbusverkehr fallen CO₂-Emissionen an: nach Berechnungen des Umweltbundesamts durchschnittlich 30 Gramm pro Personenkilometer. Daher bieten einige Fernbusdienstleister ihren Fahrgästen die Möglichkeit, die CO₂-Emission pro Kopf kostenpflichtig auszugleichen, indem an anderer Stelle Klimaschutzprojekte finanziert werden. Eine ZEW-Studie zeigt, wie die Kosten für die CO₂-Einsparung zwischen Kunden und Anbieter verteilt sein sollten, damit das Angebot möglichst häufig wahrgenommen wird.

Im Zuge einer feldexperimentellen Untersuchung haben ZEW-Wissenschaftler die Nachfrage von Fernbuskunden nach einer derartigen freiwilligen Ausgleichsmaßnahme anhand des tat-



Fernbusse als Alternative zur Deutschen Bahn sind zunehmend gefragt. Für das Jahr 2014 gehen Verkehrsexperten von bis zu 20 Millionen Fahrgästen auf der Straße aus.

Der Fernbusmarkt in Deutschland

Durch die Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) zum 1. Januar 2013 hat die Deutsche Bahn ihre fast sieben Jahrzehnte währende monopolähnliche Stellung auf dem deutschen Markt für Fernverkehrsverbindungen verloren. Seitdem erfreuen sich Fernbusse wachsender Beliebtheit. So hat sich nach Angaben des Berliner IGES Instituts die Zahl der Liniengenehmigungen für innerdeutsche Fernbusverbindungen bereits innerhalb des ersten Jahres nach der Liberalisierung auf 221 mehr als verdoppelt. Allerdings lässt sich auf dem wachsenden Fernbusmarkt eine gewisse Konsolidierung beobachten: Die Zahl der zwischenzeitlich mehr als 40 Anbieter ist wieder rückläufig. Der durchschnittliche Fahrpreis liegt derzeit bei 8,6 Cent pro Personenkilometer. Im Jahr 2013 wurden insgesamt acht Millionen Fahrgäste befördert. Für das Jahr 2014 rechnen Verkehrsexperten mit einem Anstieg auf 15 bis 20 Millionen Buskunden. Zunehmend fahren Fernbusunternehmen auch Ziele an, die von der Bahn nur sporadisch oder gar nicht bedient werden, da sie sehr dünn besiedelt sind oder geographische Hindernisse den Bau einer Bahnstrecke erschweren. Hier werden weitere Wachstumspotenziale vermutet.

sächlichen Entscheidungsverhaltens empirisch überprüft. Die praxisnahe Forschungsmethode der Feldexperimente bietet die Möglichkeit, potenzielle Einflussfaktoren im natürlichen Entscheidungsprozess gezielt zu variieren und zu analysieren.

Durchschnittlicher Zuschlag liegt bei 23 Cent

Für die Studie wurden in Zusammenarbeit mit einem deutschen Fernbusdienstleister anonymisierte Daten von mehr als 10.000 Onlinebuchungen erhoben und ausgewertet. Jedem Kunden wurde vor Abschluss des Buchungsprozesses die Möglichkeit gegeben, durch die Zahlung eines Zuschlags seine indivi-

duellen CO₂-Emissionen zu kompensieren und somit seine Reise klimaneutral zu gestalten. Der Zuschlag konnte zusammen mit dem Fahrticket erworben werden und lag im Mittel bei 23 Cent, bezogen auf durchschnittlich 268 Personenkilometer. Der Emissionsausgleich erfolgte gemeinsam mit einem Dienstleister, der mit den Ausgleichszahlungen ein zertifiziertes Klimaschutzprojekt unterstützt um die Einsparung der entsprechenden CO₂-Emissionen sicherzustellen.

Gleichmäßige Beteiligung von Fahrgast und Anbieter am stärksten nachgefragt

Basierend auf dem tatsächlichen Entscheidungsverhalten dokumentiert die Studie, dass etwa 27 Prozent der Teilnehmer die Möglichkeit nutzten, die bei ihrer Fernbusfahrt anfallenden CO₂-Emissionen auszugleichen. Weiterhin zeigt sich, dass die Ausgleichsmaßnahme stärker nachgefragt wird, wenn sich das Busunternehmen finanziell an der Aktion beteiligt. Sowohl Preisrabatte als auch Aufstockungen der Ausgleichsmenge, jeweils getragen durch den Fernbusdienstleister, stimulierten kurzfristig den Anteil an freiwilligen Ausgleichszahlungen. Bei wiederholten Buchungsentscheidungen ließ sich die Effekte dieser Zusatzmaßnahmen allerdings nur dann nachweisen, wenn das Busunternehmen die kompensierte Menge auf eigene Kosten verdoppelte. Demnach scheint eine gleichmäßige Beteiligung von Kunde und Unternehmen langfristig die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass der CO₂-Ausgleich mitgebucht wird.

Männer und Frauen reagieren unterschiedlich auf die verschiedenen Anreize

Zudem scheinen Männer und Frauen unterschiedlich auf die verschiedenen CO₂-Reduzierungsangebote anzusprechen. Während Männer eine angebotsseitige Aufstockung der Ausgleichsmenge auf Kosten des Fernbusdienstleisters mit einer erhöhten Beitragswahrscheinlichkeit honorieren, reagieren Frauen zurückhaltender auf diesen Anreiz. Daneben stellte sich heraus, dass die Bereitschaft zu Ausgleichszahlungen bei Gruppenbuchungen im Vergleich zur Einzelbuchung sinkt. Die konkrete Durchführung der Ausgleichszahlung interessierte die Buchenden kaum. Weniger als zwei Prozent der Teilnehmer nutzten die Möglichkeit, die auf den Seiten des Fernbusdienstleisters bereitgestellten Detailinformationen zum unterstützten Klimaschutzprojekt einzusehen und sich darüber zu informieren, welches Projekt mit dem Geld unterstützt wird. Will ein Fernbusunternehmen seine Kunden zum Ausgleich ihrer CO₂-Emissionen bewegen oder besonders klima- und kostenbewusste Kunden für sich gewinnen, legen die Resultate der ZEW-Studie nahe, dass eine gleichmäßige Beteiligung von Kunde und Unternehmen am wahrscheinlichsten zum Erfolg führt.

Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützte Studie findet sich zum Download unter: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp14098.pdf>

Familienunternehmen entpuppen sich als Triebfeder für Innovationen

Die deutsche Wirtschaft lebt von Familienunternehmen. 91 Prozent aller Unternehmen hierzulande sind familienkontrolliert – aber bisher nicht gerade als Keimzelle für Innovationen in Erscheinung getreten. Aktuelle Analysen des ZEW zeigen indessen, dass deutsche Familienunternehmen im Vergleich zu anderen Firmen eher dafür prädestiniert sind, Innovationen zu schaffen.

Familienunternehmen tragen trotz ihrer im Durchschnitt geringen Größe einen erheblichen Teil zur gesamten Wirtschaftsleistung Deutschlands bei. Von familienkontrollierten Unternehmen spricht die Forschung, wenn eine überschaubare Anzahl von natürlichen Personen mindestens 50 Prozent der Unternehmensanteile besitzen. Nach einer strengeren Abgrenzung wird die Ausübung einer Leitungsfunktion der Eigentümer gefordert: Sogenannte eigentümergeführte Familienunternehmen haben einen Anteil von 88 Prozent an allen Unternehmen in der Bundesrepublik. In familienkontrollierten Unternehmen, die rund 50 Prozent des gesamten inländischen Umsatzes erwirtschaften, sind deutlich über die Hälfte der Inlandsbeschäftigten tätig.

Im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen hat das ZEW zum dritten Mal eine Studie zur volkswirtschaftlichen Bedeutung der Familienunternehmen in Deutschland vorgelegt. Die Ergebnisse zeigen unter anderem: Familienunternehmen bringen mehr Innovationen auf den Weg, als bislang angenommen.

Innovatorenquote hängt von Größe und Rechtsform ab

Anhand des Mannheimer Innovationspanels – einer repräsentativen Befragung von jährlich etwa 7.000 Unternehmen – wurden für die ZEW-Studie Fragen zum Innovationsverhalten von Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen ausgewertet. Familienunternehmen weisen demnach auf den ersten Blick eine geringere Innovatorenquote auf als Nicht-Familienunternehmen. Im Jahr 2013 berichteten 35 Prozent der Familienunternehmen und 44 Prozent der Nicht-Familienunternehmen in den zurückliegenden drei Jahren ein neues Produkt, eine neue Dienstleistung auf den Markt gebracht oder ein neues Produk-

tionsverfahren im Unternehmen eingeführt zu haben. Bei genauerer Analyse wird jedoch deutlich, dass der Unterschied der Innovatorenquoten auf die unterschiedlichen Strukturen von Größe und Rechtsform zurückzuführen sind.

Familienumfeld wirkt positiv auf Innovationsfähigkeit

Die ZEW-Studie belegt, dass der Familienkontext eine signifikant positive Wirkung auf die Innovationsfähigkeit hat. Familienunternehmen haben unter sonst gleichen Bedingungen eine im Durchschnitt sechs Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, eine Innovation hervorzubringen als Nicht-Familienunternehmen. Gefragt nach Hemmnisfaktoren für den unternehmensinternen Innovationsprozess, wurde deutlich, dass es nur geringe Unterschiede gibt. Allein interne Widerstände führen bei Nicht-Familienunternehmen signifikant häufiger zu einer Behinderung von Innovationsprojekten als bei Familienunternehmen. Die Forscher werten das als Hinweis darauf, dass die Zusammenarbeit von Geschäftsleitung und Mitarbeitern in eigentümergeführten Familienunternehmen harmonischer abläuft.

Darüber hinaus zeigt die Studie, dass die durchschnittlichen Eigenkapitalquoten von Familienunternehmen zwischen 2009 und 2012 höher waren als von Nicht-Familienunternehmen. In den Jahren 2011 und 2012 verzeichnen familienkontrollierte und eigentümergeführte Unternehmen jeweils eine Eigenkapitalquote von 35 Prozent und 36 Prozent, während Nicht-Familienunternehmen eine im Durchschnitt um zwei Prozentpunkte geringere Quote aufweisen. Aufgrund der globalen Wirtschaftskrise 2008/2009 stieg die durchschnittliche Eigenkapitalquote ab dem Jahr 2009 deutlich an. Die divergierende Entwicklung von Familien- und Nicht-Familienunternehmen deutet laut Analyse darauf hin, dass Familienunternehmen stärker auf die konjunkturelle Krise reagiert haben als Nicht-Familienunternehmen.

Die Studie findet sich zum Download unter: http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/2014_Studie_VolkswirtschaftlicheBedeutungFamilienunternehmen.pdf

Dr. Sandra Gottschalk, gottschalk@zew.de

INHALT

CO ₂ -Emissionsreduktion – Beim Busfahren sollten Anbieter und Kunden fair teilen	1
Familienunternehmen entpuppen sich als Triebfeder für Innovationen	3
Regionale Lebensqualität in Deutschland: Der Süden und der Nordosten liegen vorne	4
Unternehmensbesteuerung: Europäische IP Box Regime in der Kritik	6
Schwerpunkt Energiemarkt	7

Halbzeit 2.0 – Europa unter Zugzwang	11
Internetwirtschaft legt weiter zu	12
Nachgefragt: Was bringen staatliche Investitionen in Forschung und Entwicklung?	13
ZEW Intern	14
Daten und Fakten	15
Standpunkt	16



Münchner sind zwar deutlich wirtschaftsstärker, aber nicht unbedingt glücklicher als Essener oder Schweriner.

Regionale Lebensqualität in Deutschland: Der Süden und der Nordosten liegen vorne

Ob eine Region besonders lebenswert ist, lässt sich nicht nur an ihren „harten“ Standortfaktoren wie der Produktivität oder den natürlichen Ressourcen bemessen. Auch die sogenannten „weichen“ Faktoren wie das Kulturangebot oder ein angenehmes Klima spielen eine wichtige Rolle. Wissenschaftler des ZEW und der Universität Münster zeigen, dass diese „weichen“ Faktoren in den Marktpreisen reflektiert werden und haben darauf aufbauend ein Regionalranking der deutschen Arbeitsmarktreionen erstellt.

Die Zeit des Daseins ist uns bestimmt, unseren Ort zu wählen aber sind wir weithin frei: Die Frage, welche Faktoren einen Standort für Haushalte und Unternehmen besonders attraktiv erscheinen lassen, beschäftigt nicht nur Wirtschaftswissenschaftler. Es gibt zahlreiche populärwissenschaftliche Rankings der Standort- und Lebensqualität von Städten und Regionen für eine Vielzahl von Ländern. Meist werden verschiedene Indikatoren, für die ein Zusammenhang mit der allgemeinen Attraktivität eines Standortes vermutet wird, vereinheitlicht, gewichtet und aggregiert. Wie die einzelnen Faktoren auf die Attraktivität einer Region wirken, ist dabei oft nur Gegenstand normativer Wertungen. Ein aktuelles Forschungspapier des ZEW in Kooperation mit der Universität Münster stellt heraus, dass sich Unterschiede in der Ausstattung mit nützlichen Allgemeingütern in den regionalen Marktpreisen niederschlagen und so für die Ableitung objektiver Regionalrankings nutzen lassen.

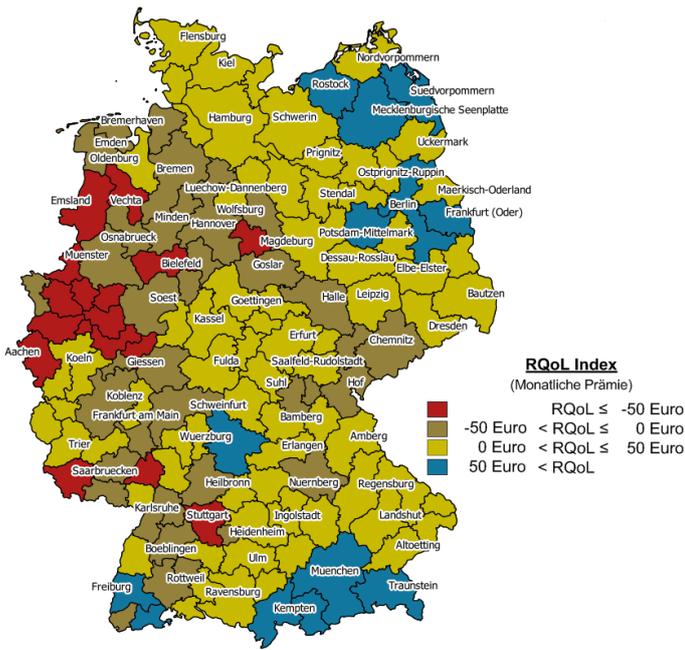
Neben den klassischen „harten“ Standortfaktoren wie etwa natürlichen Ressourcen sind laut Umfragen zunehmend „weiche“ Faktoren bei der Wahl des Wohn- oder Unternehmensstandorts ausschlaggebend. Dazu zählen beispielsweise ein angenehmes Klima, eine geringe Kriminalitätsrate oder ein breites Kulturangebot. Ökonomen bezeichnen solche Faktoren auch als „öffentliche“ oder „halb-öffentliche Güter“. Dabei handelt es sich um Nutzen stiftende Güter, die auf privaten Märkten nicht

oder nur in ineffizienten Mengen produziert werden. Für ihre Nutzung muss infolge mangelnder Ausschließbarkeit kein Marktpreis entrichtet werden. In der Regionalplanung werden diese Allgemeingüter oftmals unter dem Begriff der „regionalen Daseinsvorsorge“ zusammengefasst.

Um die Standortattraktivität verschiedener Regionen in Deutschland zu vergleichen, haben die Forscher regionale Ausstattungen mit diesen (halb-)öffentlichen Gütern auf der Grundlage eines Modells empirisch bewertet und im Anschluss daran zu einem Gesamtbild verdichtet. Dabei stand der Gedanke im Mittelpunkt, dass eine hohe Standortattraktivität für die Einwohner einer bestimmten Region aufgrund von Restriktionen wie zum Beispiel einer begrenzten Anzahl an regionalem Wohnraum infolge von Baulandverknappung nicht kostenlos zur Verfügung steht. Zwar bieten Metropolen wie Hamburg oder München eine hohe Lebensqualität im Sinne einer guten Ausstattung mit nützlichen Allgemeingütern. Gleichzeitig weisen diese Regionen jedoch tendenziell höhere Wohnungs- und Lebenshaltungskosten und damit niedrigere Realverdienste auf. Für Haushalte besteht somit eine klassische Trade-off-Beziehung: Statt einer direkten Zugangsgebühr zahlen sie über die regionalen Wohnungs- und Arbeitsmärkte eine implizite Standortprämie. An weniger attraktiven Standorten werden die Haushalte dagegen tendenziell über niedrigere Wohnungs- und Lebenshaltungskosten und/oder höhere Löhne kompensiert.

Umwelt und Kulturangebote geben den Ausschlag

Indem sie beobachtbare Wohnungs- und Arbeitspreise mit Informationen zur Ausstattung mit (halb-) öffentlichen Gütern der verschiedenen Regionen verbanden, konnten die Forscher die ökonomische Relevanz dieser impliziten Standortprämien abschätzen. Das von den Wissenschaftlern verwendete Konzept



Der Regional Quality of Life (RQoL)-Index spiegelt die implizite Standortprämie wider, die Haushalte durch niedrigere Löhne als auch höhere Lebenshaltungskosten für die (halb-)öffentlichen Güter einer Region monatlich zahlen.

gungen, zu Kriminalität, medizinischer Versorgung, Erreichbarkeit sowie zur Ausstattung mit Kultureinrichtungen.

Auf Basis dieser Daten zeigt sich für die 141 deutschen Arbeitsmarktregionen, dass sich die unterschiedliche Ausstattung mit nützlichen Allgemeingütern in regional unterschiedlichen Wohnungs- und Lebenshaltungskosten sowie Arbeitslöhnen niederschlägt. Das gilt selbst dann, wenn andere preis- und lohnbestimmende Faktoren wie die Bevölkerungsdichte oder der Anteil in der Region ansässiger Firmen mit tarifgebundenen Entlohnungssystemen berücksichtigt werden. Aus den empirisch ermittelten impliziten Prämien erstellten die Forscher ein Ranking der regionalen Lebensqualität in Deutschland. Regionen mit besonders hoher Lebensqualität finden sich demnach überwiegend in Südbayern – hier spielen insbesondere die topografischen und klimatischen Vorzüge eine Rolle – und in Nordostdeutschland, hier zum Beispiel dank der überdurchschnittlich guten Ausstattung mit Kulturgütern in und um die Region Berlin. Am unteren Ende der Skala rangieren vor allem altindustrielle Arbeitsmarktregionen im Ruhrgebiet und im Saarland (siehe Karte).

Position	Funktionale Arbeitsmarktregion
1	München
2	Weilheim-Schongau
3	Traunstein
4	Mecklenburgische Seenplatte
5	Kempten
6	Südvorpommern
7	Berlin
8	Freiburg
9	Rostock
10	Würzburg
22	Dresden
25	Hamburg
41	Heidelberg
61	Bonn
69	Köln
91	Mainz
99	Frankfurt (Main)
108	Bremen
135	Stuttgart
141	Wuppertal

Studie liefert Anhaltspunkte für Regionalpolitik

Eine theoretisch begründete Bewertung regionaler Lebensqualitäten ist mit vereinfachenden Annahmen verbunden, die bei der Interpretation der Ergebnisse beachtet werden müssen. Danach richtet sich das zugrundeliegende Gleichgewichtsmodell, innerhalb dessen der Gesamtnutzen eines repräsentativen Haushalts über alle Regionen hinweg durch Anpassung der Wohnungspreise und Arbeitslöhne zum Ausgleich gebracht wird. In der Realität unterscheiden sich die Präferenzen einzelner Menschen bezüglich öffentlicher Güter. Zudem deuten kontinuierliche Wanderungsbewegungen zwischen Regionen auf einen eher nicht ausgeglichenen Gesamtnutzen hin. Nicht zuletzt lassen sich regionale Standortfaktoren in ihrer Vielfalt nie vollständig in ein Modell integrieren, weshalb die betrachteten Variablen stets eine Auswahl bleiben. Die Ergebnisse sind daher in erster Linie als empirische Annäherung dafür zu betrachten, ob und inwieweit mobile Privathaushalte in einer Marktwirtschaft für den Zugang zu Nutzen stiftenden Allgemeingütern in einer Region zahlen. Vor allem die Anzeichen hoher Zahlungsbereitschaften für topografische und kulturelle Vorzüge fügen sich in das Bild vergleichbarer internationaler Studien ein und können wertvolle Hinweise für eine zielgerichtete Regionalpolitik liefern: Erstens sollten Regionen systematisch mit ihren komparativen Vorteilen werben – zum Beispiel mit reichhaltigen Kulturangeboten, einem sonnigen Klima oder niedrigen Lebenshaltungskosten. Zweitens sollte umverteilende Regionalpolitik sparsam sein, da die Marktkräfte bereits in Richtung des Nutenausgleichs zwischen einzelnen Regionen wirken: Münchner sind im Endeffekt zwar deutlich wirtschaftsstärker, aber nicht systematisch glücklicher als Essener oder Schweriner.

der Lebensqualität stellt dabei nicht auf die Gesamtlebenszufriedenheit oder den Gesamtnutzen aller Einwohner in einer Region ab. Es bezieht sich vielmehr auf eine Veränderung des geldwerten Nutzens, die als implizite Prämie für den Zugang zu den nützlichen Allgemeingütern in einer Region gezahlt wird. Diese Prämie manifestiert sich in höheren Wohnungs- und Lebenshaltungskosten sowie niedrigeren Arbeitslöhnen. Als Indikatoren der regionalen Lebensqualität verwenden die Forscher unter anderem Informationen zu regionalen Klima- und Umweltbedin-

Die im „Review of Regional Research“ veröffentlichte Studie findet sich zum Download in englischer Sprache unter:

<http://link.springer.com/article/10.1007/s10037-014-0089-x>

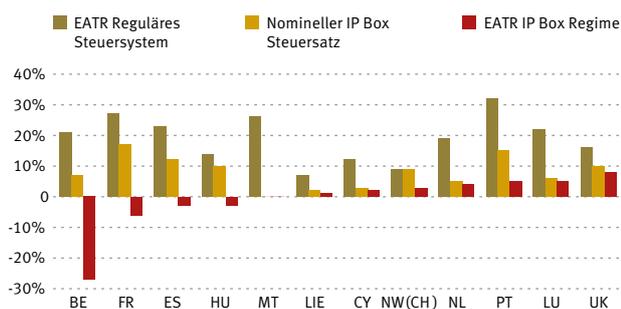
Dr. Oliver Lerbs, lerbs@zew.de

Unternehmensbesteuerung: Europäische IP Box Regime in der Kritik

Sogenannte Intellectual Property (IP) Box Regime erfreuen sich in Europa ungebrochener Beliebtheit. Nicht von ungefähr: Als steuerpolitische Instrumente sehen IP Box Regime einen reduzierten Steuersatz für Einkünfte aus der Verwertung immaterieller Wirtschaftsgüter wie Patenten, Marken oder Urheberrechten vor. Einerseits versprechen sich Staaten davon mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE). Andererseits profitieren multinationale Unternehmen dadurch von niedrigen Steuern auf ihre Gewinne aus der Verwertung immaterieller Wirtschaftsgüter. Eine ZEW-Studie analysiert die Entlastungswirkungen von IP Box Regimen.

Immaterielle Wirtschaftsgüter haben eine große ökonomische Bedeutung – und sind einfach in Niedrigsteuerländer zu verlagern. Somit können Unternehmen ihre effektive Steuerbelastung erheblich senken. Ein Umstand, der wiederum die Steuergesetzgeber in der EU vor die Frage stellt, wie sie die Besteuerung von Erträgen aus der Verwertung immaterieller Wirtschaftsgüter – kurz IP-Einkünfte – ausgestalten können, um die Verlagerung von IP und IP-Einkünften in Niedrigsteuerländer einzudämmen. Die wichtigste politische Innovation der vergangenen Jahre im Bereich der Besteuerung von IP-Einkünften sind IP Box Regime,

EFFEKTIVE DURCHSCHNITTSSTEUERBELASTUNG (EATR)
FÜR EINE EIGENKAPITALFINANZIERTEN INVESTITION
IN EIN SELBSTERSTELLTES PATENT



Den Berechnungen liegen folgende ökonomische Annahmen zugrunde: Nominalzinssatz fünf Prozent, Inflationsrate zwei Prozent, ökonomische Abschreibung 15,35 Prozent, Rendite 20 Prozent. Zu negativen Durchschnittssteuerbelastungen kommt es in Belgien, Frankreich, Zypern, Spanien und Ungarn, da die Investitionsaufwendungen für das selbst erstellte Patent (FuE-Aufwendungen) zum regulären Steuersatz abziehbar sind, während die Erträge dem reduzierten Steuersatz der IP-Box unterliegen. Quelle: ZEW

die einen reduzierten Steuersatz für IP-Einkünfte vorsehen. Seit dem Jahr 2000 haben dreizehn europäische Staaten IP Box Regime eingeführt: Belgien, Frankreich, Großbritannien, Liechtenstein, Luxemburg, Malta, die Niederlande, der Schweizer Kanton Nidwalden, Portugal, Spanien, Ungarn, Zypern sowie zu Jahresbeginn 2015 Italien. Auch in der Schweiz wurde jüngst eine landesweite IP Box auf Kantonsebene in den Gesetzgebungsprozess gebracht. Die Steuersätze der dreizehn Regime variieren deutlich: Sie liegen zwischen null Prozent in Malta und 16,76

Prozent – einschließlich Aufschlägen – in Frankreich. Neben der Höhe des IP Box Steuersatzes unterscheiden sich die einzelnen Regime auch durch den Umfang der begünstigten IP-Arten, der begünstigten Arten von IP-Einkünften, durch die Ermittlung der IP Box Bemessungsgrundlage sowie die Behandlung erworbener immaterieller Wirtschaftsgüter. Die ZEW-Untersuchung konzentriert sich auf die mit der Nutzung von IP Box Regimen verbundene effektive Steuerbelastung. Die Abbildung weist die effektive Durchschnittssteuerbelastung (EATR) einer Investition in ein selbsterstelltes Patent aus und zeigt, dass sämtliche europäischen IP Box Regime mit einem deutlichen Rückgang der effektiven Durchschnittssteuerbelastung verbunden sind. Die Regime setzen folglich einen Anreiz für Investitionen im IP Box Staat.

Die Steuerbegünstigung ist jedoch nicht auf selbsterstellte immaterielle Wirtschaftsgüter beschränkt. Mit Ausnahme von Belgien, den Niederlanden und Portugal ermöglichen die IP Box Regime auch niedrige Steuerbelastungen für erworbene immaterielle Wirtschaftsgüter. Zudem müssen Unternehmen im Inland nicht zwangsweise eine eigene FuE-Tätigkeit aufweisen, um von der steuerlichen Begünstigung zu profitieren. Daher stellt sich die Frage, ob die IP Box Regime tatsächlich zu höheren heimischen FuE-Investitionen führen – wie von politischer Seite beabsichtigt – oder ob die IP Box Regime vorwiegend von den Unternehmen im Rahmen von Steuerplanungsmodellen genutzt werden.

Insbesondere von deutscher Seite stehen die IP Box Regime in der Kritik. Auf Ebene der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der EU wird derzeit geprüft, inwieweit es sich bei den Regimen um sogenannte schädliche Steuerpraktiken handelt. Das Ergebnis dieser Untersuchungen hat jedoch allein politische Bedeutung und keine rechtliche Bindungswirkung. Fahrt aufgenommen haben die Diskussionen auf OECD- und EU-Ebene im Herbst 2014 mit der Veröffentlichung eines Entwurfs für ein einheitliches IP Box Regime im Zusammenhang mit dem „BEPS (Base Erosion Profit Shifting)“-Projekt der OECD. Der Entwurf zielt darauf ab, den Anwendungsbereich der Regime auf Patente zu beschränken, die aus eigener FuE-Tätigkeit des Steuerpflichtigen resultieren und dadurch die Regime als Instrumente einer steuerlichen FuE-Förderung auszugestalten.

Mit der jüngsten Einigung zweier bedeutender Gegenspieler in der Diskussion um die Regime – Deutschland und Großbritannien – auf einen modifizierten Reformvorschlag auf Basis des OECD-Entwurfs scheint eine Einigung innerhalb der EU- und OECD-Staaten auf eine Reform der nationalen Regelungen nicht unwahrscheinlich.

Die Studie findet sich zum Download unter: <http://link.springer.com/article/10.1007/s10797-014-9328-x>

Lisa Evers, evers@zew.de



Schwerpunkt ENERGIEMARKT

Krisen, Kriege und Geopolitik: Ein Blick auf die Versorgungssicherheit

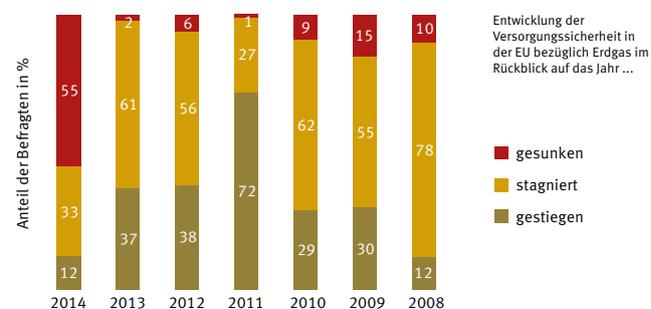
Die Sicherheit der Energieversorgung ist eines der drei zentralen Ziele der Energiepolitik. Allerdings gibt es selbst unter Fachleuten keinen Konsens, wie sich die Versorgungssicherheit definieren und erfassen lässt. Es fehlt ein allgemein akzeptiertes Konzept, woran die Sicherheit der Versorgung letztlich abgelesen und ab welchem Punkt diese als gefährdet angesehen werden kann. Trotzdem gewinnt sie in der öffentlichen Debatte seit vielen Jahren an Bedeutung. Das ZEW Energiemarktbarometer greift das Thema daher nicht über eine technische Definition auf, sondern fragt vielmehr seine Experten nach der Wahrnehmung der Versorgungssicherheit in Europa. Seit 2008 liegen Befragungsergebnisse vor, die sehr detailliert darlegen, wie sich die wahrgenommene Sicherheit der Energieversorgung verändert.

Einschätzung für Erdgas bricht 2014 deutlich ein

Die aktuelle Befragung zeigt, wie sich die Folgen der Ereignisse aus dem Jahr 2014 in der Einschätzung der Experten niederschlagen. So erwartete Ende 2013 noch eine große Mehrheit von 71 Prozent der Befragten eine weitgehend stabile Entwicklung für die Sicherheit der Versorgung mit Erdgas in Europa. 26 Prozent prognostizierten für 2014 sogar eine positive Entwick-

lung. Ende 2014, im Rückblick auf dieses dramatische Jahr mit einem unerwartet heftigen Konflikt in der Ukraine, zeigt sich der Bruch in der wahrgenommenen Versorgungssicherheit: 55 Prozent aller befragten Experten sahen die Versorgungssicherheit

RÜCKBLICK: VERSORGUNGSSICHERHEIT BEZ. ERDGAS IN DER EU

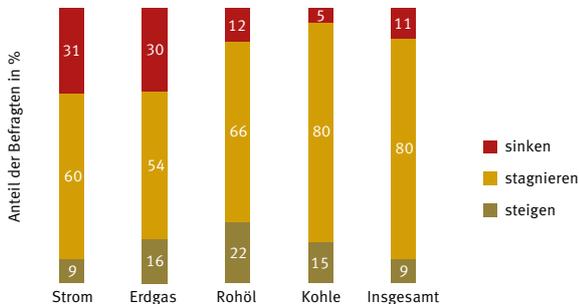


Quelle: ZEW

für Erdgas im vergangenen Jahr sinken. Dies ist die schlechteste Bewertung über alle Energieträger hinweg, die für diese Frage im ZEW Energiemarktbarometer je erhoben wurde. Inwieweit der Rückgang in der aktuellen Befragung das gestiegene Versorgungssicherheitsniveau vergangener Jahre aufgezehrt hat und ob die Versorgungssicherheit sogar gefährdet ist, bleibt unklar.

Tatsächlich erwartet die Mehrheit der Experten, dass der Rückgang in der Versorgungssicherheit vorerst gestoppt ist. 54 Prozent aller Befragten gehen von einer stabilen Entwicklung bei der Sicherheit der Versorgung mit Erdgas in den nächsten zwölf Monaten aus. Knapp ein Drittel erwartet eine weitere Verschlechterung. 16 Prozent sehen die weitere Entwicklung der Versorgungssicherheit für Erdgas positiv. Mit Blick auf die kommenden zehn Jahre sind sich die Experten weniger einig. Ihre Einschätzungen verteilen sich fast gleichmäßig auf die drei Kategorien: 37 Prozent erwarten eine gleichbleibende Sicherheit

Das **ZEW Energiemarktbarometer** ist eine halbjährliche Befragung von rund 200 Experten aus Wissenschaft und Praxis (Energieversorgungs-, -handels- und -dienstleistungsunternehmen). Sie werden zu ihren Erwartungen hinsichtlich der kurz- und mittelfristigen Entwicklungen auf den nationalen und internationalen Energiemärkten befragt (kurzfristiger Zeithorizont: sechs Monate, mittelfristiger Zeithorizont: fünf Jahre). Die Ergebnisse der aktuellen Befragung (Befragungszeitraum: November 2014) sind im vorliegenden Schwerpunkt Energiemarkt wiedergegeben.

VERSORGUNGSSICHERHEIT AUF SICHT VON
ZWÖLF MONATEN IN DER EU


Quelle: ZEW

der Versorgung mit Erdgas, 34 Prozent sehen diese tendenziell sinken, 29 Prozent eher steigen. Der Rückblick auf das vergangene Jahr zeigt, wie stark die Einschätzungen der Versorgungssicherheit durch geopolitische und nicht nur technisch-ökonomische Faktoren getrieben werden, aber auch wie schnell die geopolitische Lage in eine unerwartete Richtung kippen kann.

Mäßige Erwartungen beim Strom bestätigen sich

Für keinen anderen Energieträger wurden ähnlich dramatische Verschiebungen in der Einschätzung festgestellt wie für Erdgas. Für elektrischen Strom, Rohöl und Kohle konstatiert eine Mehrheit der Experten ein stagnierendes Niveau der Versorgungssicherheit in Europa über die vergangenen zwölf Monate. Für Elektrizität sahen 62 Prozent der Befragten eine Stagnation und damit nur geringfügig mehr als die 57 Prozent, die eine solche Entwicklung vor einem Jahr prognostizierten. 27 Prozent der Experten

sind aktuell der Meinung, dass die Versorgungssicherheit gesunken ist. Vor einem Jahr sagten 35 Prozent einen solchen Rückgang voraus. Somit ist die Entwicklung weniger negativ als erwartet. Dennoch sind für den Strombereich die mäßigen Aussichten von vor einem Jahr weitgehend bestätigt worden. Auch für die kommenden zwölf Monate erwarten wieder knapp ein Drittel (31 Prozent) der Panelteilnehmer einen Rückgang der Versorgungssicherheit in Europa, während etwas weniger als zwei Drittel (60 Prozent) eine Stagnation voraussehen. Mit Blick auf zehn Jahre sind die Pessimisten mit 44 Prozent zumindest in der relativen Mehrheit.

Sicherheit beim Rohöl tendenziell gestiegen

Nach den Unruhen in der arabischen Welt war die Sorge um die Versorgungssicherheit von Erdölprodukten wieder greifbar. Nach deutlichen Preisrückgängen auf dem Weltmarkt und einer Erklärung der OPEC im Jahr 2014, die Fördermengen trotz sinkender Nachfrage und damit die Preise nicht einzuschränken, scheint sich die Situation etwas zu entspannen. 37 Prozent der Fachleute sind der Meinung, dass sich die Versorgungssicherheit in den vergangenen zwölf Monaten verbessert hat. 53 Prozent sehen eine konstante Entwicklung. Im Ausblick auf die kommenden zwölf Monate steigt dieser Anteil auf zwei Drittel der Befragten, während 22 Prozent eine weiter steigende Sicherheit der Versorgung mit Rohöl voraussehen. Wie auch in den vergangenen Befragungen zeigt sich das Meinungsbild für Kohle: Rund drei Viertel der Befragten sehen keine nennenswerte Veränderung der Versorgungssicherheit im Rückblick, in naher Zukunft (zwölf Monate) oder in den kommenden zehn Jahren.

Robert Germeshausen, germeshausen@zew.de
 Philipp Massier, massier@zew.de
 Dr. Nikolas Wölfling, woelfling@zew.de

Deutscher Strommarkt wird neu aufgestellt

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat im Oktober 2014 mit dem sogenannten „Grünbuch“ eine Diskussionsgrundlage über das zukünftige Strommarktdesign in Deutschland veröffentlicht. Bereits in der „10-Punkte-Energie-Agenda“ sowie dem Koalitionsvertrag wurde das zukünftige Strommarktdesign als ein wesentliches Handlungsfeld der Energiepolitik identifiziert. Dabei ist die Gewährleistung der Versorgungssicherheit ein wichtiges Ziel. Im „Grünbuch“ werden Ergebnisse verschiedener Auftragsstudien zur öffentlichen Diskussion gestellt. 2015 soll dann ein „Weißbuch“ mit konkreten Vorschlägen folgen. Der Prozess soll Ende 2015 in einer Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG), dem sogenannten „Marktdesign Gesetz“, münden. In diesem Zusammenhang wurden die Experten des ZEW Energiemarktbarometers um Ihre Einschätzungen zur Funktionsfähigkeit des bestehenden Strommarkts sowie möglichen Weiterentwicklungen befragt, die in Zukunft die Versorgungssicherheit in Deutschland gewährleisten könnten.

Somit sollte von den Energieexperten eine Einschätzung über die grundsätzliche Eignung des Energy-Only-Markts (EOM) zur Gewährleistung von ausreichend Versorgungssicherheit eingeholt werden. Der EOM ist dabei durch eine Vergütung von Erzeugung durch energieabhängige Erlöse in Euro pro Megawattstunde (€/MWh) charakterisiert. Rund die Hälfte der Befragten sieht den EOM als nicht geeignet, Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Nur etwas mehr als ein Viertel hält ihn für geeignet. Knapp ein Viertel der Experten hält die Eignung des EOM für nicht abschätzbar.

Versorgungssicherheit verschlechtert sich

Aussagen über die Versorgungssicherheit im Allgemeinen zu treffen, ist nicht einfach. In Bezug auf die Elektrizitätsversorgung kann die Versorgungssicherheit in zwei Hauptaspekte unterteilt werden. So spielt zum einen die kurzfristige Systemstabilität,



KRITERIEN FÜR DIE ÄNDERUNG DES MARKTDESIGNS

Rang	%	Kriterium
1	74	Effektivität: Gewährleistung der Versorgungssicherheit
2	69	Gesamtwirtschaftliche Kosteneffizienz
3	52	Kompatibilität mit dem Ausbau erneuerbarer Energien
4	33	Auswirkungen auf die nationalen Klimaschutzziele
5	24	Wettbewerbswirkungen
6	20	EU-Energiebinnenmarktintegration
7	8	Verwaltungseffizienz
8	7	Reversibilität der Änderungen
9	6	Verteilungseffekte
10	5	Andere Umweltwirkungen
11	3	Sonstiges

Anteil der Befragten in %. Mehrfachnennungen möglich.

also die Fähigkeit des Versorgungssystems auf kurzfristige unerwartete Störungen zu reagieren, eine wichtige Rolle. Außerdem ist die langfristige Angemessenheit der Versorgungsinfrastruktur, also die Deckung der Spitzenlast durch gesicherte Erzeugung, von großer Relevanz. Im Zuge der Diskussionen über die Energiewende in Deutschland stellt sich die Frage, wie die Experten des ZEW Energiemarktbarometers die Entwicklungen der beiden Dimensionen der Versorgungssicherheit seit den Beschlüssen zur Energiewende im Jahr 2011 und die zukünftige Entwicklung einschätzen. Demnach hat sich laut Meinung von 56 Prozent der Experten die Systemstabilität verschlechtert. 44 Prozent der Befragten halten die Angemessenheit im Stromversorgungssystem für schlechter. Jeweils knapp unter zehn Prozent der Experten geben an, dass die Versorgungssicherheit in beiden Bereichen gestiegen sei. In Bezug auf die zukünftigen Entwicklungen in fünf Jahren sehen die Erwartungen ähnlich aus. So sehen 51 Prozent der Befragten eine abnehmende und 34 Prozent eine stagnierende Systemstabilität. Bei der Angemessenheit erwarten 48 Prozent eine stagnierende Entwicklung und 40 Prozent eine sinkende Angemessenheit des Stromver-

sorgungssystems. In Bezug auf die kommenden zehn Jahre ist das Bild etwas differenzierter. So gehen rund 28 Prozent davon aus, dass die Systemstabilität steigt. Im Gegensatz dazu erwarten 39 Prozent eine sinkende Systemstabilität. Bei der Angemessenheit gehen etwas mehr Experten von einer stagnierenden Entwicklung aus. 36 Prozent sehen ein sinkendes Versorgungssicherheitsniveau. Die Aussichten in beiden Bereichen der Versorgungssicherheit werden somit vor allem kurzfristig alles andere als positiv eingeschätzt.

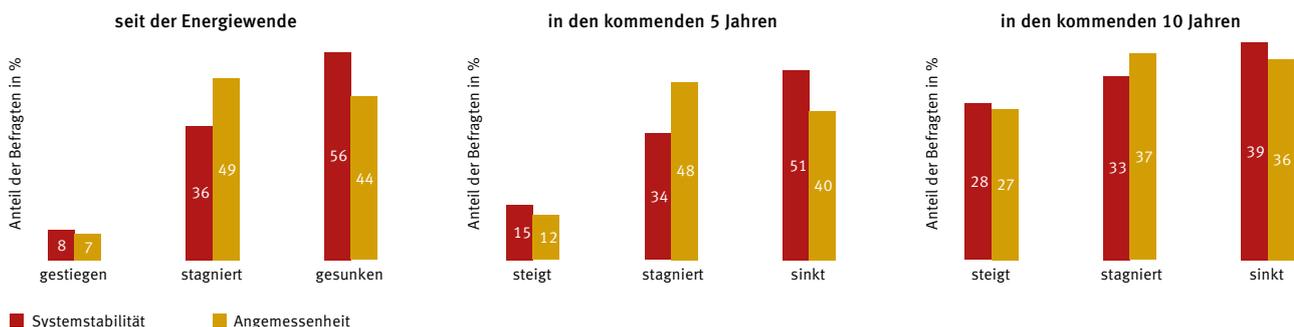
Weiterentwicklung des deutschen Strommarkts

Dies untermauert, wie bedeutend die Weiterentwicklung des Strommarktdesigns ist, um die Energiewende akzeptabel auszugestalten, insbesondere mit Blick auf die zwei weiteren Ziele der deutschen Energiepolitik: Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit. Beides spiegelt sich auch in der Frage nach den Kriterien wider, die bei der Änderung des Marktdesigns aus Sicht der Energiemarktexperten beachtet werden sollten. So findet die Effektivität, also die Gewährleistung der Versorgungssicherheit, die größte Zustimmung, dicht gefolgt von der gesamtwirtschaftlichen Kosteneffizienz. Etwas dahinter finden sich auf Rang drei und vier die Beachtung der Kompatibilität mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die Auswirkungen auf die nationalen Klimaschutzziele. Aspekte wie Wettbewerbswirkungen, das Zusammenspiel mit der EU-Energiebinnenmarktintegration oder die Verwaltungseffizienz spielen aus Sicht des Panels eine eher untergeordnete Rolle.

Zur Weiterentwicklung des Strommarkts und Sicherstellung der Versorgungssicherheit wird von rund 30 Prozent der Experten das Modell eines dezentralen umfassenden Kapazitätsmechanismus favorisiert. Mit jeweils einem Viertel beziehungsweise einem Fünftel liegen die Vorschläge einer strategischen Reserve und der Weiterentwicklung des EOM – also eines EOM 2.0 – auf Rang zwei und drei der Gunst. Mit jeweils nur rund zehn Prozent liegen die fokussierten oder umfassenden zentralen Mechanismen auf Rang vier und fünf. Das Schlusslicht stellt das bisherige Design des EOM mit nur vier Prozent dar.

Robert Germeshausen, germeshausen@zew.de
 Philipp Massier, massier@zew.de
 Dr. Nikolas Wölfing, woelfing@zew.de

ENTWICKLUNG DER KURZFRISTIGEN SYSTEMSTABILITÄT UND DER LANGFRISTIGEN ANGEMESSENHEIT DER STROMVERSORGUNG



Quelle: ZEW

Energiepreise ziehen mittelfristig an

Nach einer kurzfristigen Stagnation steigen die Energiepreise in Deutschland bis zum Jahr 2020 voraussichtlich wieder. Zu diesem Ergebnis kommt das aktuelle ZEW-Energiemarktbarometer. Als deutschlandweit einmaliges Panel dieser Art erhebt die Umfrage seit 13 Jahren Daten zu den Preiserwartungen für ausgewählte Energieträger auf den Großhandelsmärkten. Dazu wurden im ersten Halbjahr 2015 fast 200 Energieexperten zu Ihren kurzfristigen (sechs Monate) und mittelfristigen (fünf Jahre) Prognosen für die Energieträger Strom, Rohöl, Erdgas und Kohle befragt.

Kurzfristig stabile Aussichten

Für die kommenden sechs Monate sieht jeweils die Mehrheit der Experten keine Änderungen bei den Preisen für Strom, Erdgas, Kohle und Rohöl. Jedoch unterscheiden sich die Gewichtungen der Experten, die eher steigende oder fallende Preise prognostizieren. Zwei Drittel der Befragten sehen eine kurzfristige Stagnation der deutschlandweiten Strompreise, 16 Prozent gehen von einem kurzfristigen Anstieg aus. Der Anteil der Experten, die kurzfristig sinkende Strompreise erwarten, ist um vier Prozentpunkte leicht gestiegen und liegt nun bei 18 Prozent. Ähnlich sind die Erwartungen für Erdgas. Für die nächsten sechs Monate sieht ein Großteil der Befragten (63 Prozent) stagnierende Erdgaspreise für Großkunden als wahrscheinlich an. 18 Prozent rechnen mit sinkenden, 19 Prozent mit steigenden Preisen.

Ein Unterschied in der Bewertung ist bei den Erwartungen für Rohölpreise zu erkennen. Dies ist nach den jüngsten Entwicklungen auch nicht verwunderlich: In den vergangenen sechs Monaten hat sich der Rohölpreis fast halbiert. Zwar erwarten 58 Prozent der Umfrageteilnehmer kurzfristig stagnierende Ölpreise, annähernd 27 Prozent sehen in den nächsten Monaten aber die Wahrscheinlichkeit weiter sinkender Preise. Tatsächlich zeigt sich bezogen auf November 2014 – den Vergleichsmonat der aktuellen Befragung – bereits jetzt ein deutlicher Preisrückgang. Trotz dieser kurzfristig stabilen bis rückläufigen Preiserwartungen sehen die Experten mittelfristig wieder einen Anstieg

für die meisten Energieträger voraus. Die Anzahl der Experten, die in den nächsten Jahren einen Anstieg der Preise von Rohöl erwarten, bleibt auf einem kontinuierlich hohen Stand von 76 Prozent, nur ein kleiner Teil von fünf Prozent sieht für die nächsten fünf Jahre einen Abwärtstrend. Auch für Strom hält ein Großteil der Teilnehmer eine mittelfristige Stagnation für nicht wahrscheinlich. Mehr als 78 Prozent sind der Meinung, dass die Preise für Strom in den nächsten fünf Jahren steigen werden. Die mittelfristigen Einschätzungen für Erdgas sind in ihrem Trend ähnlich, wenn auch das Lager derjenigen, die steigende Preise erwarten, mit 59 Prozent etwas kleiner ausfällt. Dies ist ein leichter Rückgang gegenüber 67 Prozent in der Erhebung davor.

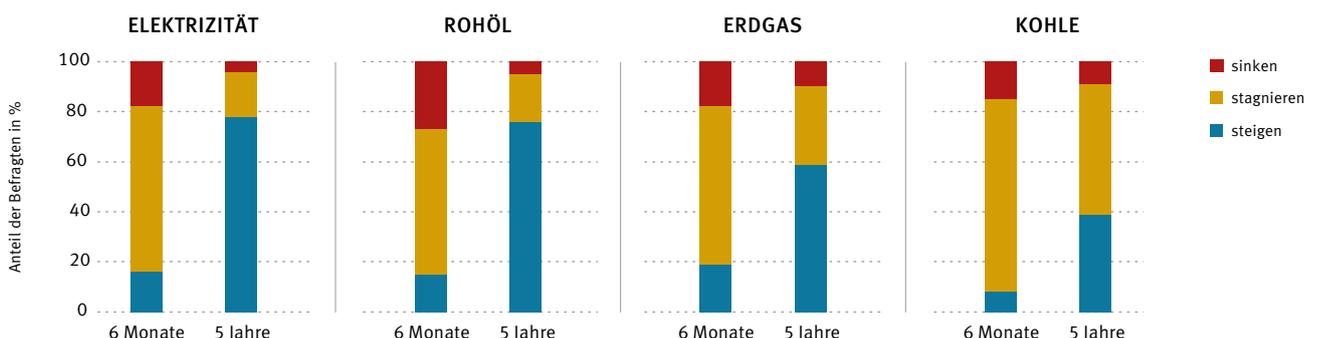
Die aktuellen Preiserwartungen für Kohle zeigen im direkten Vergleich zur vergangenen Umfrage ein fast identisches Bild. Lediglich in der kurzen Frist für die nächsten sechs Monate erwarten mit 77 Prozent etwas weniger Teilnehmer stagnierende Preise. Bei den mittelfristigen Erwartungen gibt es kaum Schwankungen. Etwas mehr als die Hälfte der Experten erwarten weiterhin stagnierende Preise für die nächsten fünf Jahre, 39 Prozent sind der Meinung, dass die Kohlepreise steigen werden.

Preiserwartungen für CO₂-Zertifikate steigen weiter

Der Preis für CO₂-Emissionszertifikate ist seit längerem deutlich unter dem Niveau der Jahre 2008 bis 2011. Daher prognostiziert ein Großteil der Experten (73 Prozent) für die nächsten sechs Monate Preise von fünf bis zehn Euro pro Tonne (€/t). Im Juni 2014 gingen noch 21 Prozent der Teilnehmer von kurzfristigen Preisen zwischen null bis fünf €/t aus, in der aktuellen Befragung sinkt dieser Anteil auf zwölf Prozent. Die Erwartung mittelfristig höherer Preise setzt sich fort. Insgesamt 57 Prozent rechnen mit einer Erhöhung des Preises auf zehn bis 20 €/t in den kommenden fünf Jahren – ein Preisniveau, das im Emissionshandel seit mehreren Jahren nicht mehr erreicht wurde.

Robert Germeshausen, germeshausen@zew.de
Philipp Massier, massier@zew.de
Dr. Nikolas Wölfling, woelfling@zew.de

ERWARTUNGEN BEZÜGLICH KURZ- UND MITTLERFRISTIGER ENERGIEPREISE IN DEUTSCHLAND



Quelle: ZEW



Timotheus Höttges (52) sieht den globalen Arbeitsmarkt vor einem enormen Umbruch. In der Vortragsreihe Wirtschaftspolitik aus erster Hand am ZEW sprach der Telekom-Vorstandsvorsitzende über die Herausforderungen und Chancen einer zunehmenden Digitalisierung der Welt.

Halbzeit 2.0 – Europa unter Zugzwang

Nachdem das Internet in nahezu allen Bereichen des Privatlebens Einzug gehalten hat, schreitet nun die Digitalisierung der Arbeitswelt immer weiter voran. Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Telekom AG, Timotheus Höttges, wagte als Gastredner am ZEW einen Blick in die digitale Zukunft – und sieht enorme Herausforderungen auf Deutschland und Europa zukommen.

Egal ob Bücher bestellt, Taxis gerufen, die Preise von Flügen verglichen werden oder Menschen miteinander kommunizieren – das Internet ist allgegenwärtig. Trotzdem stehe die Digitalisierung erst am Anfang, prophezeite Telekom-Chef Timotheus Höttges, in seinem Vortrag „Die Vernetzung der Welt – Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung“, den er im Zuge der Veranstaltungsreihe Wirtschaftspolitik aus erster Hand am 15. Dezember 2014 vor rund 200 Gästen am ZEW hielt. Künftig werde uns die Frage beschäftigen, wie das Internet die produzierende Wirtschaft verändert – ein Technologiewandel, der unter dem Schlagwort Industrie 4.0 die Runde macht. „Europa darf diese Entwicklung nicht verschlafen“, warnte Höttges. Bei der Chip-technologie, der Halbleiterindustrie und der Routertechnik werden die Märkte von Unternehmen aus den USA und Asien dominiert. Europa erwirtschaftet weniger als zehn Prozent der globalen Umsätze der Informations- und Kommunikationstechnologie. Durch die Digitalisierung verliert die industrielle Produktion laut Höttges zunehmend Arbeitsplätze. Allerdings: „Für jeden verlorenen Arbeitsplatz in der klassischen Industrie entstehen 2,7 neue Jobs in der Informationsbranche. Die Frage ist nur wo – im Silicon Valley oder in Europa“, so der Top-Manager.

Vor allem im Wettbewerb mit der nordamerikanischen Konkurrenz mussten sich die Europäer Höttges zufolge in der ersten Halbzeit geschlagen geben. Nun seien einige strukturelle Änderungen nötig, um in der zweiten Halbzeit der Digitalisierung bestehen zu können. Den Telekom-Chef wundert es nicht, dass es kein deutsches Google, französisches Amazon oder spanisches Uber gibt. Zum einen seien die USA ein riesiger homogener Markt

mit 320 Millionen Konsumenten, was den Unternehmen größere Skalierungsvorteile als in jedem europäischen Land ermögliche. Zudem könnten die Amerikaner aufgrund von lascheren Regulierungen mehr Daten erheben. Und Daten seien der Treibstoff der Digitalisierung, wie Höttges anhand einer einfachen Formel verdeutlichte: „Mehr Daten bedeuten eine bessere Analyse, was bessere Angebote bedeutet.“ So gelänge es US-Unternehmen durch ihre bloße Größe Standards zu schaffen. Diese hätten die Europäer dann zu akzeptieren.

Gleiche Wettbewerbschancen mit den USA schaffen

Um Europa in die Erfolgsspur zurückzuführen, müssten diesseits des Atlantiks eigene Standards geschaffen werden. Die Industrie sollte ihre Sprachen synchronisieren, mit mehr offenen Systemen arbeiten und sich von einer vertikalen Industrie zu einer horizontalen Partnerschaft verändern. Wobei das Internet die Chance biete, Liefer- und Prozessketten zu verknüpfen. Zudem forderte Höttges die Gleichbehandlung von europäischen und nicht-europäischen Unternehmen beim Erheben von Daten in Europa. Deshalb sei eine verbindliche Europäische Datenschutz-Grundverordnung notwendig, die für jeden gelten müsse, der mit europäischen Daten Geschäfte machen wolle. Auch bei der Datensicherheit und der Bekämpfung von Cyberkriminalität seien weitere Fortschritte geboten. Nur so könne bei den Verbrauchern Vertrauen aufgebaut werden. „Eine Grundvoraussetzung für alle neuen Technologien sind weitere Investitionen in die Infrastruktur“, so Höttges. Seinen Angaben zufolge investiert die Telekom jährlich rund 13 Milliarden Euro in den Ausbau der Netze, davon allein vier Milliarden Euro in Deutschland. Kann Europa die nötigen Änderungen umsetzen und Investitionen tätigen, wären symmetrische Wettbewerbschancen mit den USA geschaffen – und damit die Chance gegeben, die zweite Halbzeit der Digitalisierung doch noch zu gewinnen, meint Höttges.

Julian Prinzler, prinzler@zew.de

Internetwirtschaft legt weiter zu

Die Internetwirtschaft in Deutschland ist im Jahr 2013 weiter gewachsen und mittlerweile für Wirtschaftsaktivitäten im Wert von rund 85 Milliarden Euro verantwortlich. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Monitoring Digitale Wirtschaft“, die das ZEW gemeinsam mit TNS Infratest im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) durchgeführt hat.

Mit dem Konzept der Internetwirtschaft misst das ZEW den Umfang und die Bedeutung der Wirtschaftsaktivitäten in Deutschland, die mit dem Internet oder über das Internet realisiert werden, beispielsweise für E-Commerce, Datendienste und Online-Videospiele. Im Jahr 2011 lag der Anteil der internetbasierten Wirtschaftsaktivitäten noch bei 73 Milliarden Euro. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist der Anteil der Internetwirtschaft von 2,8 Prozent im Jahr 2011 auf aktuell 3,1 Prozent gestiegen.

Internetbasierte IT-Services und Applikationen, die unter anderem auch das Cloud Computing umfassen, machen wertmäßig den größten Anteil an der Internetwirtschaft aus. An zweiter Stelle folgen die Datendienste, wobei insbesondere mobile Datendienste immer mehr an Bedeutung gewinnen. Der Wert des elektronischen Handels zwischen Unternehmen (Business-to-Business E-Commerce), der sich dem Internet zuschreiben lässt, folgt an dritter Stelle.

IKT-Branche behauptet weiterhin gute Stellung

Die deutsche Informations- und Kommunikationstechnologiebranche (IKT-Branche) hat auch 2013 ihre gute Stellung in der gewerblichen Wirtschaft behauptet und ihre Bruttowertschöpfung deutlich auf insgesamt rund 89 Milliarden Euro gesteigert. Damit liegt der Beitrag der IKT-Branche zur gewerblichen Wertschöpfung mit 4,7 Prozent unverändert auf dem Niveau der

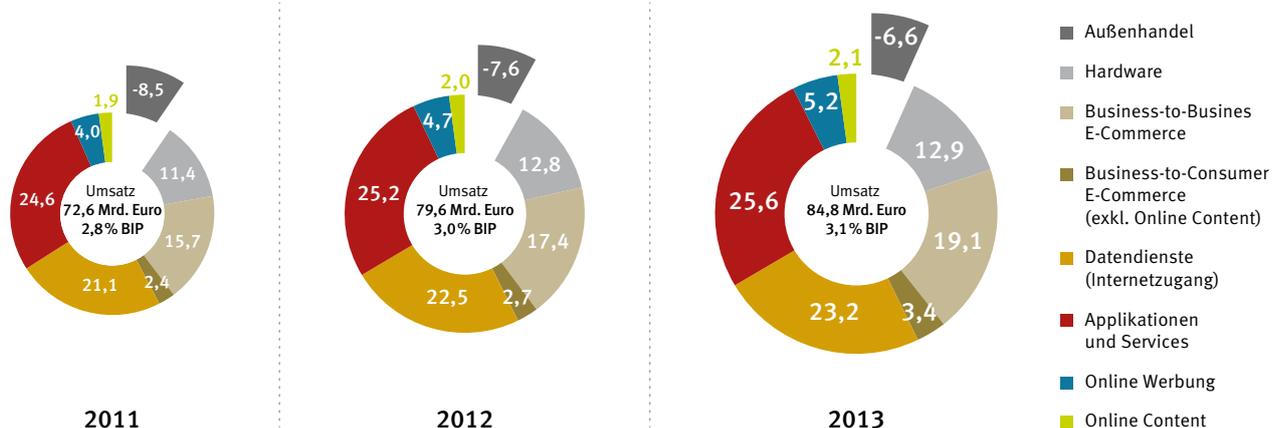
beiden Vorjahre und gleichauf mit dem Automobilbau (4,7 Prozent), aber vor dem Maschinenbau (4,5 Prozent). Im Jahr 2013 lagen die Gesamtumsätze der IKT-Branche bei rund 226 Milliarden Euro. Das sind zwar rund vier Milliarden Euro mehr als im Vorjahr, aber immer noch etwa zwei Milliarden Euro weniger als 2011. Zu diesen Umsatzschwankungen tragen im Wesentlichen die IKT-Hardwarehersteller bei, während die IKT-Dienstleister seit 2010 ein konstantes Umsatzwachstum verzeichnen können. In der IKT-Branche waren Ende 2013 über eine Million Menschen beschäftigt. Damit ist die Erwerbstätigkeit in der Branche insgesamt im Vergleich zum Vorjahr um etwa ein Prozent gestiegen. Seit dem Jahr 2009 hat die Zahl der Erwerbstätigen in der gesamten IKT-Branche um 12,9 Prozent zugenommen. In absoluten Zahlen bedeutet das die Schaffung von fast 118.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Im aktuellen Monitoring Report wurde zudem erstmals der Branchenindex DIGITAL berechnet, der aufzeigt, wie weit die Digitalisierung in verschiedenen Branchen fortgeschritten ist. Unter den 21 untersuchten Branchen ist der Wert bei den Telekommunikationsunternehmen mit 83 Indexpunkten am höchsten, dicht gefolgt von weiteren Branchen aus dem Dienstleistungssektor. Der Fahrzeugbau dagegen steht mit 72,2 Indexpunkten auf dem sechsten Rang. Den in Indexpunkten gemessenen höchsten Zuwachs im Zeitraum 2003 bis 2011 verzeichnet die Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie mit rund 40 Indexpunkten. Auf dem letzten Platz – trotz erheblicher Zugewinne seit 2003 – befindet sich nach wie vor das Baugewerbe mit aktuell 36,6 Punkten. Nimmt der Anstieg des Branchenindex DIGITAL um einen Prozentpunkt zu, so geht dies im Durchschnitt mit einem um 0,28 Prozentpunkte höheren Produktivitätswachstum einher.

Die Studie findet sich unter: www.tns-infratest.com/bmwi

Prof. Dr. Irene Bertschek, bertschek@zew.de
 Dr. Jörg Ohnemus, ohnemus@zew.de

UMSÄTZE DER INTERNETWIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND 2011 BIS 2013



Quelle: Berechnungen des ZEW, 2014

Nachgefragt: Was bringen staatliche Investitionen in Forschung und Entwicklung?

„FuE-Ausgaben sind wichtige Treiber des Wirtschaftswachstums“

Forschung und Entwicklung (FuE) gilt als wesentliche Grundlage für Innovationen, die wiederum notwendig für die Wirtschaftskraft eines Landes sind. Die öffentliche Hand lässt sich Investitionen in FuE deshalb gerne etwas kosten – vorausgesetzt, der Staatshaushalt lässt hinreichend Spielraum dafür. Von 2005 bis 2013 hat die Bundesregierung ihre Ausgaben für FuE insgesamt um 60 Prozent auf derzeit rund 14,4 Milliarden Euro erhöht. Die Staatsschuldenmisere einiger Euroländer hat indes zum gegenteiligen Effekt geführt. ZEW-Industrieökonom Georg Licht macht deutlich, warum staatliche Investitionen in FuE notwendig sind – auch in Krisensituationen.

Wann, sprich unter welchen Bedingungen, sind Investitionen in FuE für die öffentliche Hand angebracht?

Forschungsergebnisse sind nicht nur durch das Unternehmen, das die Kosten eines Forschungsprojekts finanziert, nutzbar, sondern auch durch andere Unternehmen. Staatliche FuE-Subventionen senken einerseits die Kosten der Forschung und stimulieren daher aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive FuE-Ausgaben der Unternehmen, konterkarieren also gleichzeitig zu geringe FuE-Investitionen der Unternehmen. Andererseits kann die öffentliche Hand auch FuE in eigenen Institutionen durchführen und allen Unternehmen zur Verfügung stellen. Dies gilt insbesondere dann, wenn die öffentliche Hand selbst der Nachfrager nach FuE-generierten Produkten ist – wie zum Beispiel im Bereich Verteidigung und im Gesundheitswesen – oder wenn große Forschungsgeräte wie Teilchenbeschleuniger, Forschungsschiffe und Riesenteleskope die Finanzierungsmöglichkeiten einzelner Unternehmen oder Privatpersonen übersteigen.

Mit welchen Problemen hat staatliche geförderte FuE zu kämpfen im Vergleich zur freien Wirtschaft?



Dr. Georg Licht

leitet den Forschungsbereich „Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung“ am ZEW und forscht bevorzugt zum Innovations- und Gründungsgeschehen. Er ist unter anderem verantwortlich für die Endberichte zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands und eine Reihe von Projekten zur Wettbewerbsfähigkeit und Innovationspolitik im Auftrag der Europäischen Kommission. Am 5. März 2015 moderiert er in der Reihe der ZEW Lunch Debates in Brüssel die Diskussionsrunde zum Thema öffentliche FuE-Budgets in Krisenzeiten.

Dr. Georg Licht, licht@zew.de

Öffentliche Forschung spannt einen weiten Bogen, der von der Weltraumforschung über die Gesundheitsforschung bis hin zu den Grundlagen neuer Produktionstechnologie oder die Sprachwissenschaften reicht. Die Effekte sind schwierig messbar. Schwer ist daher auch die Antwort auf die Frage, wieviel der Staat für die Teilbereiche ausgeben sollte. Und natürlich ist immer auch darauf zu achten, dass die staatlichen Ausgaben private Ausgaben nicht verdrängen.

Können öffentliche Investitionen das Wirtschaftswachstum ankurbeln?

FuE-Ausgaben sind wichtige Treiber der Produktivitätsentwicklung und damit auch des Wirtschaftswachstums. Das gilt sowohl für die FuE-Investitionen der privatwirtschaftlichen Unternehmen wie auch der öffentlichen Hand. Entsprechend negativ werden sich die Kürzungen von öffentlichen FuE-Budgets auf die Wachstumspotenziale der Krisenländer auswirken.

In Ländern wie Griechenland, Irland, Spanien, Italien oder Portugal drückt die Euro-Schuldenkrise auf das staatliche FuE-Budget, Kürzungen sind die Folge.

In der Tat haben die Krisenländer ihre öffentlichen FuE-Ausgaben in den vergangenen Jahren massiv zurückgefahren. Die öffentlichen FuE-Budgets sind zwischen den Jahren 2009 und 2013 in den Krisenländern im Durchschnitt um 15 Prozent gesunken, während sich die öffentlichen FuE-Budgetansätze in Deutschland beispielsweise im gleichen Zeitraum um 16 Prozent erhöht haben. In der Krise gerieten öffentliche Haushalte durch sinkende Steuereinnahmen und steigende Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung unter massiven Druck. Auch das FuE-Budget kann sich so auftretenden Sparzwängen nicht entziehen. Das gilt insbesondere für diejenigen Budgetanteile, die nicht vertraglich oder gesetzlich gebunden sind. FuE erscheint zudem leichter in die Zukunft verschiebbar, da die Produktivitätseffekte sich erst mittelfristig entfalten. Das gilt insbesondere für die öffentliche Grundlagenforschung.

Welche Anreize müssen auf oder vielmehr von europäischer Ebene gesetzt werden, damit die Mitgliedstaaten der Union mehr Geld für FuE in die Hand nehmen?

Zuerst einmal sind die Länder gefordert. Der weit überwiegende Teil der öffentlichen Forschungsgelder in der EU wird von den Mitgliedstaaten aufgebracht – trotz des großen Forschungsrahmenprogramms Horizont 2020 der EU oder der FuE-relevanten Teile der europäischen Struktur- und Regionalfonds. Allerdings könnte die EU dazu beitragen, dass die Mitgliedstaaten ihre Ausgabenpräferenzen verändern. Eine Kofinanzierung von nationalen Forschungsprogrammen innerhalb der Joint Programming-Initiative, die die Europäische Kommission im Jahr 2008 gestartet hat, um die öffentlichen FuE-Möglichkeiten europaweit effektiver auszuschöpfen, wäre beispielsweise dazu geeignet.

ZEW-Präsident Clemens Fuest in die Mindestlohn-Kommission des Bundes berufen

ZEW-Präsident Prof. Dr. Clemens Fuest sitzt als beratendes, wissenschaftliches Mitglied in der Mindestlohn-Kommission des Bundes, die am 1. Januar 2015 ihre Arbeit aufgenommen hat. Das insgesamt neunköpfige Gremium wurde am 17. Dezember 2014 von der Bundesregierung berufen.

Seit Jahresbeginn 2015 gilt in Deutschland der allgemeine gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Die sogenannte stän-

dige Mindestlohn-Kommission entscheidet nun künftig darüber, in welchen Schritten der Mindestlohn angehoben werden soll.

ZEW-Präsident Prof. Dr. Clemens Fuest steht der Mindestlohn-Kommission als eines von zwei beratenden Mitgliedern aus Kreisen der Wissenschaft zur Seite. Die beratenden Mitglieder sollen ihre wissenschaftliche Expertise in die Arbeit des Gremiums einbringen.

ZEW vernetzt sich bei Ökonomen-Konferenz ASSA 2015 in Boston

Das ZEW ist erfolgreich bei der Jahresversammlung der Allied Social Science Association (ASSA), die vom 3. bis 5. Januar im US-amerikanischen Boston stattfand, aufgetreten. Eine sechsköpfige Delegation des Instituts nutzte die weltweit wichtigste Konferenz für Ökonomen dazu, sich mit führenden Wissenschaftlern und Nachwuchsforschern auszutauschen, potenzielle Neuzugänge und Kooperationspartner zu gewinnen sowie mit aktuellen Forschungsergebnissen aufzuwarten.

Zum zweiten Mal zeigte das ZEW bei der dreitägigen Veranstaltung Präsenz mit einem eigenen Messestand. Auf dem ASSA-Jobmarkt führten ZEW-Präsident Prof. Dr. Clemens Fuest und sein Stab Gespräche mit möglichen Kandidaten für die Verstärkung des hauseigenen Wissenschaftskontingents – und zum Ausbau des Kooperationsnetzes des ZEW. Zudem konnte das Institut in den wissenschaftlichen Sessions der Konferenz punkten. Lena Jaroszek aus dem ZEW-Forschungsbereich „Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement“ widmete sich in einem Vortrag der Frage, ob Finanzmarktwissen Verbrauchern dabei helfen kann, bessere Finanzentscheidungen treffen. Nach Philadelphia 2014 und Boston 2015 plant das ZEW die Teilnahme



Die ZEW-Delegation im Gespräch während des ASSA-Jobmarkts.

an der nächsten ASSA-Tagung im kommenden Jahr in San Francisco. Das Engagement kommt nicht von ungefähr: Organisator der ASSA ist die American Economic Association (AEA), mit derzeit rund 18.000 Mitgliedern eine der größten und einflussreichsten Vereinigungen der Wirtschaftswissenschaften weltweit. Die jährliche ASSA-Tagung bringt somit das „Who is Who“ dieser Disziplin zusammen.

Association of Competition Economics trifft sich zur Jahrestagung am ZEW

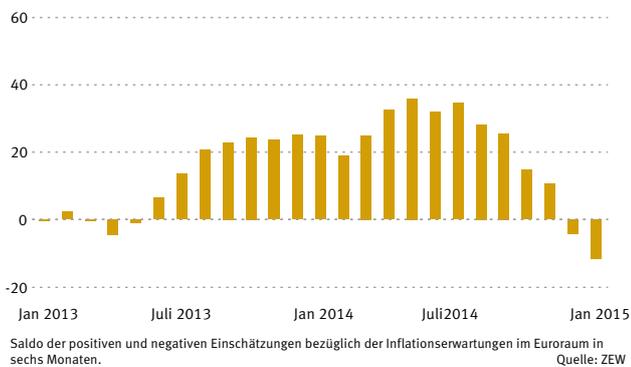
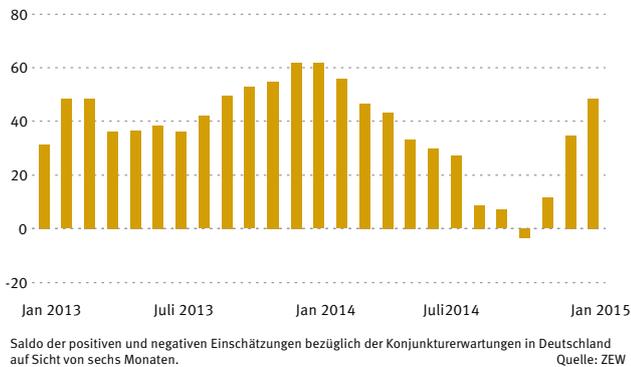
Das ZEW hat am 5. und 6. Dezember 2014 die zwölfte Jahrestagung der Association of Competition Economics (ACE) beher-



US-Ökonom Aviv Nevo während seiner Rede am ZEW anlässlich der zwölften Jahrestagung der Association of Competition Economics.

bergt. Rund 170 Teilnehmer diskutierten zwei Tage lang aktuelle wettbewerbspolitische Entwicklungen. Eröffnet wurde die Veranstaltung von Aviv Nevo, Marketingforscher und Wirtschaftsprofessor an der Northwestern University (Evanston, USA). Der ehemalige Chefökonom des US-Justizministeriums sprach über die Bedeutung ökonomischer Methoden in der Wettbewerbspolitik. Zudem wurden in neun Sessions wettbewerbspolitische Fälle diskutiert – zumeist von einem beteiligten Behördenmitarbeiter, einem Mitarbeiter aus dem Bereich Consulting sowie einem Wissenschaftler. Die Tagung schloss mit einer Diskussion zum Thema „Effects-based analysis of exclusionary pricing practices – back to square one?“ an der neben Kai-Uwe Kühn (University of Michigan, Ann Arbor, USA), Chiara Fumagalli (Bocconi University, Mailand, Italien), Adrian Majumdar (RBB Economics, London, UK) und Aviv Nevo auch ZEW Research Associate Konrad Stahl (Universität Mannheim) teilnahm.

ZEW-Finanzmarkttest im Januar 2015



Aufwärtstrend trotz Turbulenzen am Kapitalmarkt

Für die ZEW-Finanzmarktexperten hat das neue Jahr mit einigen Turbulenzen begonnen. In den ersten Wochen erschütterten die Nachrichten über vorgezogene Neuwahlen in Griechenland sowie die Aufhebung der Koppelung des Schweizer Franken an den Euro die Märkte. Davon unbeeindruckt kommen die Experten zu einem positiven Urteil und gehen von einer Verbesserung der Konjunktur aus. Die ZEW-Konjunkturerwartungen für Deutschland steigen im Januar um 13,5 Punkte auf 48,4 Punkte. Die positive Einschätzung speist sich wohl insbesondere aus der exportfördernden Abwertung des Euros und dem Ölpreisrückgang.

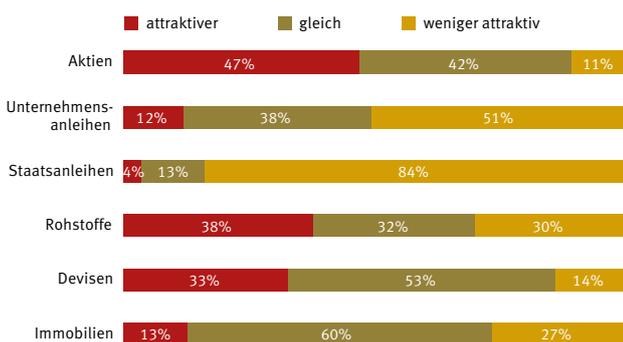
Dominik Rehse, rehse@zew.de

Weiterer Rückgang der Inflationsrate erwartet

Die Inflationserwartungen der Finanzmarktexperten für die Eurozone gehen im Januar 2015 weiter zurück. Der entsprechende Saldo fällt gegenüber dem Vormonat um 7,4 auf minus 11,7 Punkte. Den neusten Zahlen zufolge gab es im Dezember 2014 den ersten Rückgang der Verbraucherpreise (-0,1 Prozent) in der Eurozone seit Herbst 2009. Der Ölpreisverfall gilt als Ursache für diese Entwicklung. Obwohl auf Sicht von sechs Monaten ein Anstieg des Ölpreises erwartet wird, wird weiter mit einer sinkenden Inflationsrate gerechnet. Die Wahrscheinlichkeit eines Rückgangs der Kernrate der Inflation dürfte demnach gestiegen sein.

Jesper Riedler, riedler@zew.de

Aktien und Rohstoffe stehen 2015 bei Investoren hoch im Kurs

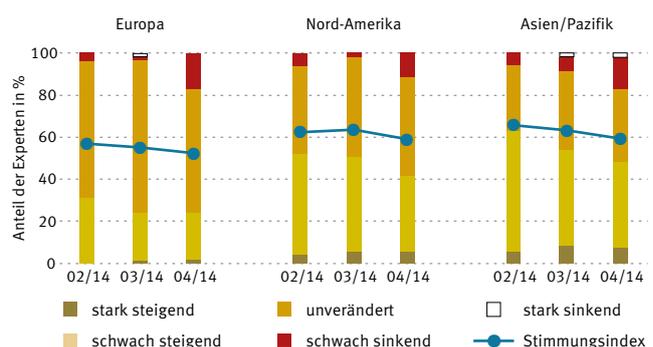


Quelle: ZEW

Für das Jahr 2015 gelten unter Anlegern vor allem Aktien und Rohstoffe als lohnende Investitionen. Während die Bedeutung von Immobilien und Devisen mit Blick auf 2015 in etwa gleich gewichtet wird wie im Jahr 2014, sind Staats- und Unternehmensanleihen als Anlageklasse deutlich weniger begehrt. Die befragten 230 Finanzexperten hatten bereits Ende 2013 Anleihen als Anlagemöglichkeit auf Sicht von zwölf Monaten nur geringe Anziehungskraft bescheinigt. Für das Jahr 2015 gehen die Umfrageteilnehmer von einer höheren Gewichtung der Anlagekategorie Aktien in den Portfolios der Investoren aus.

Zwetelina Iliewa, iliewa@zew.de

Auf allen Seefrachtmärkten geht es abwärts



Die Erwartungen auf allen Seefrachtmärkten haben sich verschlechtert. Insbesondere für die Europa- und Asien/Pazifik-Verkehre kühlten die Erwartungen der Experten des TransportmarktBarometers von der Basler Prognos AG und dem ZEW im vierten Quartal 2014 merklich ab. Im traditionell starken Asien/Pazifik-Verkehr erwartet noch rund die Hälfte der Befragten leicht steigende Mengen. Zu Beginn dieses Jahrzehnts sagten nahezu 80 bis 90 Prozent der Experten steigende Mengen voraus. Auch im Nordamerika-Verkehr sind nur noch 40 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Aufkommen steigen werden.

Dr. Martin Achtnicht, achtnicht@zew.de



Machtwechsel in Griechenland

Was lange befürchtet wurde, scheint nun Realität zu werden. Die Wähler in Griechenland wollen den Weg der Sanierung der Staatsfinanzen und der wirtschaftspolitischen Reformen nicht länger mitgehen. In Scharen haben sie mit Syriza eine Partei gewählt, die einen radikalen Kurswechsel ver-

spricht. Der künftige griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras hat im Wahlkampf angekündigt, die Troika aus dem Land zu werfen, die Bedienung der Schulden Griechenlands einzustellen und schmerzhaft Reformen wie die Kürzung des Mindestlohns und den Personalabbau im öffentlichen Dienst rückgängig zu machen. Statt öffentliche Unternehmen zu privatisieren will er private Firmen verstaatlichen, die mit der Troika vereinbarten Arbeitsmarktreformen sollen abgeblasen werden. Was bedeutet der Wahlausgang für die Zukunft und für den Verbleib Griechenlands in der Eurozone?

Man darf nicht alles, was Politiker im Wahlkampf herausposaunen, auf die Goldwaage legen. Alexis Tsipras hat allerdings so große Versprechungen gemacht, dass weit reichende Veränderungen unvermeidlich sind. Wie könnten die aussehen? Zwei Entwicklungen sind denkbar.

Zum einen könnte die neue griechische Regierung darauf setzen, dass die anderen Regierungen der Eurozone einen ungeordneten Staatsbankrott und Austritt Griechenlands aus der Eurozone womöglich so sehr fürchten, dass sie erpressbar sind. Dann könnte Alexis Tsipras einen neuerlichen Schuldenschnitt und ein Ende des von der Troika überwachten Reformkurses durchsetzen. Für die Zukunft der Eurozone wäre dieses Ergebnis allerdings fatal. Griechenland wäre dauerhaft von Hilfen aus dem Rest der Eurozone abhängig, das Land ein Fass ohne Boden. Wähler in Italien, Spanien und Portugal könnten daraus nur lernen, dass radikale und populistische Parteien Hilfen von au-

ßen besser durchsetzen können als gemäßigte Kräfte, die auf Kooperation mit den europäischen Partnern setzen. Deshalb muss Europa sich gegen Erpressungsversuche wappnen und Vorkehrungen ergreifen, die die Kosten eines eventuellen Austritts Griechenlands aus der Eurozone senken. Beispielsweise muss die Rekapitalisierung von Banken vorbereitet werden, die bei einem Griechenland-Austritt in Schwierigkeiten geraten würden. Ziel dieser Maßnahmen ist nicht, einen Austritt Griechenlands herbeizuführen. Es geht darum, eine Destabilisierung der Eurozone insgesamt, verursacht durch eine Aufgabe der wirtschaftspolitischen Reformen und der Kooperation unter den Mitgliedstaaten, zu verhindern.

Zum anderen ist auch folgende Entwicklung denkbar. Syriza hat im Wahlkampf nicht nur das europäische Krisenmanagement kritisiert, sondern auch Missstände in Griechenland angeprangert, insbesondere Korruption und Vetternwirtschaft sowie eine unfaire Verteilung der Krisenlasten. Die etablierten griechischen Parteien haben bei der Lösung dieser Probleme versagt. Sofern die neue griechische Regierung die Beseitigung dieser Missstände in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt und etwa eine effektivere Besteuerung wohlhabender Griechen anstrebt oder die Bekämpfung der Korruption verbessern will, verdient sie Unterstützung. Um in diesen Bereichen neue Schwerpunkte zu setzen, ist es durchaus möglich, das mit der Troika vereinbarte Reformprogramm anzupassen.

Wie jeder demokratisch gewählte Politiker sollte auch Alexis Tsipras die Chance erhalten, nicht allein an seinen Worten gemessen zu werden, zumal Worten aus dem Wahlkampf, sondern an seinen hoffentlich wohl überlegten Taten.

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim, L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Clemens Fuest · **Kaufmännischer Direktor:** Thomas Kohl

Redaktion: Julian Prinzler · Telefon 0621 / 12 35 - 133 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail prinzler@zew.de
Felix Kretz · Telefon 0621 / 12 35 - 103 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail kretz@zew.de
Gunter Grittmann (V.i.S.d.P) · Telefon 0621 / 12 35 - 132 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail grittmann@zew.de

Fotos: dpa (Seite 1); Verena Brandt/MeinFernbus (Seite 2); istockphoto (Seite 4); Thomas Tröster (Seite 11); ZEW (Seite 13, 14, 16)

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2015